

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, beschreibt die Aufgaben sozialliberaler Entwicklungspolitik: Vorteile für alle Beteiligten.

Seite 1-3

Hans-Joachim Seeler, Mitglied des Europäischen Parlaments, erörtert die deutsche Frage als Problem des europäischen Gleichgewichts: Zusammenarbeit stärker institutionalisieren.

Seite 4/5

Peter Conradi MdB, Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages, formuliert Anmerkungen zur traurigen Geschichte vom Hinscheiden des freifinanzierten Wohnungsbau: Ungerechte Steuerpolitik.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 219 /

15. November 1979

Vorteile für alle Beteiligten

Zehn Jahre sozialliberale Entwicklungspolitik

Von Rainer Offergeld MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

"Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Lateinamerika und Asiens im Geiste der Partnerschaft ausbauen. Wir werden zu einer gemeinsamen Strategie der Entwicklung beitragen." Diese Aussagen der Regierungserklärung Willy Brandts vom Oktober 1969 markieren den Beginn einer Entwicklungspolitik, die Ausdruck der Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt und wesentlicher Bestandteil der Friedenspolitik ist.

Die Bildung der sozialliberalen Koalition fiel zeitlich zusammen mit dem Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade. Die neue Bundesregierung hatte zunächst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie ihren Beitrag zu dieser Dekade leisten konnte. Erhard Eppler gelang es, die noch auf verschiedene Ressorts verteilten entwicklungspolitischen Aufgaben im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu konzentrieren. Die in jenen Jahren ausgearbeitete, von der Bundesregierung 1971 verabschiedete "Entwicklungspolitische Konzeption" ermöglichte eine aktive, weltweit anerkannte Nord-Süd-Politik. Die Konzeption wurde 1973 und 1975 fortgeschrieben und in diesen Monaten sind wir dabei, konzeptionelle Grundlagen für unsere Entwicklungspolitik in der Dritten Entwicklungsdekade zu formulieren. Dabei werden teils drastisch veränderte weltwirtschaftliche Daten zu berücksichtigen sein.

Große Anstrengungen sind beispielsweise nötig, um die Versorgung der Entwicklungsländer mit Energie sicherzustellen. Diese Länder stehen vor einer zweifachen Energiekrise. Einige Länder der Dritten Welt müssen schon fast die Hälfte



Ihrer Exporterlöse für die Öleinfuhr aufbringen. Insgesamt erhöht sich das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer in 1979 auf voraussichtlich über 70 Milliarden Mark. Gleichzeitig wird immer mehr Holz und getrockneter Viehdung als Heizmaterial verbraucht. Der damit verbundene Raubbau an den Wäldern und der Entzug von Dünger in der Landwirtschaft führt nicht nur zu verminderter Nahrungsmittelproduktion. Verheerende Folgen zeichnen sich jetzt schon für das weltweite ökologische Gleichgewicht ab. Hier ergeben sich für die Entwicklungspolitik der kommenden Jahre wichtige Aufgabenfelder.

In den zehn zurückliegenden Jahren hat die Bundesregierung die Haushaltsansätze für die Entwicklungshilfe verdoppelt und aktiv daran mitgewirkt, den Entwicklungsländern bessere Chancen im Handel mit den europäischen Ländern zu verschaffen. Das seit 1975 wirksame Abkommen von Lomé zwischen der EG und 57 Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums brachte den schwächeren Partnern mehr Chancengleichheit und weniger Nachteile. Vor allem das System der Erlösstabilisierung für Rohstoffexporte hat sich bewährt und kann als Modell für eine weltweite Regelung dienen.

Bei uns in der Dritten Welt ist in den vergangenen Jahren die Erkenntnis gewachsen, daß beide Seiten politisch und wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, und daß es darum geht, Interessen abzustimmen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Sicherlich bedeutet die weltweite Arbeitsteilung auch schärfere Konkurrenz für unsere Wirtschaft. Sie beeinflusst den Strukturwandel und stellt damit wachsende Anforderungen für die Mobilität der Arbeitnehmer. Aber wir wissen inzwischen auch, daß stärkerer Handelsaustausch mit der Dritten Welt unter dem Strich allen Beteiligten Vorteile bringt. Er ist ein dringend benötigter Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung der Staaten, die sich für den Weg der Industrialisierung entschieden haben und sie schaffen bei uns weit mehr Arbeitsplätze als durch Importe in einigen Bereichen verloren gehen.

Nach wie vor leben etwa 800 Millionen Menschen in unvorstellbarer Armut. Bis zum Ende des Jahrhunderts wird sich diese Zahl auch wegen des raschen Bevölkerungswachstums nicht wesentlich verringern lassen. Dennoch haben wir keinen Grund, die Erfolge der zurückliegenden Jahre zu verkleinern.

Eine Reihe von Entwicklungsländern steht an der Schwelle zum Industriestaat. In Nordafrika, im Nahen Osten und in Ostasien nahm das Pro-Kopf-Einkommen in den vergangenen vier Jahren um jährlich fünf Prozent zu, die Industrieproduktion wuchs jährlich um zwölf Prozent. Die Exporte der Entwicklungsländer stiegen zwischen 1960 und 1970 jährlich um sechs Prozent; die jährliche Steigerung der Fertigwarenxporte lag sogar bei zwölf Prozent. Viele Länder finanzieren ihre Entwicklung bereits über die internationalen Kapitalmärkte. Die Einigung bei den Rohstoffverhandlungen war politisch ein Schritt nach vorn und zeigt, daß in einer interdependenten Welt die Wahrung der eigenen Interessen nur in dem Maße möglich ist, wie sich diese mit den Interessen der anderen ausgleichen lassen.



Zu den Erfolgen gehört es sicher auch, daß wir unser entwicklungspolitisches Instrumentarium beträchtlich verfeinern konnten. Die Bundesregierung kann heute auf die Bedürfnisse der mehr als 120 Staaten, mit denen sie entwicklungspolitisch zusammenarbeitet, gezielt und "maßgeschneidert" eingehen. Mit den weiter fortgeschrittenen Ländern vereinbaren wir höhere Zinsen und kürzere Rückzahlungsfristen für die Entwicklungskredite, während wir der Gruppe der ärmsten Länder jetzt die Finanzhilfe in Form von Zuschüssen gewähren und auf Verzinsung und Rückzahlung alter Kredite verzichten. Im Bereiche der Technischen Zusammenarbeit wurde die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gegründet und damit eine straffere und wirksamere Abwicklung der Hilfe ermöglicht. Außerdem wurden zahlreiche Möglichkeiten geschaffen, die Arbeit der nichtstaatlichen Träger, der privaten Wirtschaft und internationaler Organisationen zu unterstützen.

Trotz aller dieser Erfolge bleibt vieles, sehr vieles zu tun, und die Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns warten, werden nicht einfacher, sondern eher schwieriger sein als das, was wir bisher geschafft haben.

Die Sozialdemokratische Partei, die mehr als hundert Jahre für Freiheit und soziale Gerechtigkeit gekämpft hat und die dabei durch die Solidarität der Arbeiterbewegung in nationalem Rahmen erfolgreich war, muß die Chance weiter nutzen, auf der Basis ihrer Grundwerte über die Grenzen Deutschlands hinauszuwirken. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik orientiert sich nicht nur an der Rohstoffversorgung oder gar an der ideologischen Nähe der jeweils Herrschenden, sondern an den Grundbedürfnissen der Menschen in der Dritten Welt. Für sie bedeutet Entwicklungshilfe vor allem Kampf gegen Armut und Hunger. Deshalb verdienen Maßnahmen, die mehr Wohlstand schaffen und ihn zugleich gerechter verteilen, zu allererst Unterstützung. Das heißt weiterhin Vorrang für die ärmsten Länder, Regionen und Bevölkerungsschichten.

(-/15.11.1979/vo-he/ca)



Zusammenarbeit stärker institutionalisieren

Die deutsche Frage als Problem des europäischen Gleichgewichts

Von Dr. Hans-Joachim Seeler

Mitglied des Europa-Parlamentes

Vor wenigen Tagen berichtete die britische Zeitung "Observer" unter Bezugnahme auf jugoslawische Quellen über eine angeblich zu erwartende neue sowjetische Initiative in der deutschen Frage. Ob diese Meldung in die Kategorie der Spekulationen einzuordnen ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Tatsache bleibt jedoch, daß die deutsche Frage nicht von der Tagesordnung der europäischen Gegenwart abgesetzt werden kann, ganz gleich, ob man dies wünscht oder nicht. Einerseits ist die deutsche Teilung sowohl Folge wie auch Bestandteil des seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa herrschenden Gleichgewichts der Mächte, andererseits liegt aber in dieser Teilung zugleich ein Element der Labilität und damit des Risikos für dieses Gleichgewicht. Dies wird insbesondere in der Berliner Situation deutlich. Eine geteilte Stadt im Machtbereich einer der Großmächte, deren eine Hälfte zum Einflußbereich der anderen dieses Gleichgewicht der Mächte bildenden Großmacht gehört, kann auf Dauer trotz aller vertraglichen Regelungen und Vereinbarungen nicht ein stabiles Element in diesem Gleichgewicht der Mächte in Europa sein.

Alle Entspannungsbemühungen, alle Regelungen des Mit- und Nebeneinander der beiden deutschen Staaten und alle Abkommen, die den Zugang und die Verbindungen von und nach Westberlin regeln, vermögen zwar das in der Berliner Situation anstehende Risiko zu vermindern, sie vermögen jedoch nicht die Labilität der Lage zu beseitigen.

Der Status quo in Deutschland inmitten Europas ist daher langfristig keine sehr tragfähige Grundlage für eine dauernde Entspannung. Die beiden Großmächte, die USA und die Sowjetunion, werden deshalb ein zunehmendes Interesse daran haben müssen, in Europa die labile Entspannung in eine stabile Entspannung zu überführen. Die USA müssen längerfristig eine politische Lage in Europa anstreben, die auch ohne Anwesenheit namhafter amerikanischer Streitkräfte stabil ist. Vor allem aber wird die Sowjetunion an einer Stabilisierung der Entspannung in Europa ein besonderes Interesse entwickeln, nicht nur, weil sie unmittelbarer Nachbar Europas ist, sondern vor allem auch, weil sie auf ihr zunehmendes Engagement in der übrigen Welt Rücksicht nehmen muß.

Eine dauerhafte Stabilisierung der Lage in Europa ist aber ohne eine Lösung der deutschen Frage nicht möglich. Es wird daher immer wieder politische Ansätze geben, die dieses Ziel verfolgen. Solche Vorschläge dürfen uns in Deutschland nicht unvorbereitet treffen.

Die jüngst in der erwähnten Pressemeldung bekanntgewordene Anregung, Deutschland in einer Zeitspanne von 20 Jahren zu vereinigen und zu neutralisieren, ist keine neue Idee. Sie knüpft an an vielfache Überlegungen in den vergangenen Jahrzehnten, die aber alle daran gescheitert sind, daß Deutschland eben nicht mit der Bundesrepublik



Österreich vergleichbar ist und in gleicher Weise neutralisierbar wäre. Außerdem berücksichtigen diese und ähnliche Vorschläge nicht in ausreichendem Maße die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland in die europäische Gemeinschaft integriert ist. Eine isolierte nationalpolitische Lösung der deutschen Frage ist nicht mehr möglich.

Eine Zusammenführung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen Deutschland, ohne daß dadurch zugleich das Gleichgewicht der Mächte zugunsten oder zu Lasten einer der beiden Großmächte verändert würde, erscheint gegenwärtig überhaupt nur möglich, indem die deutsche Frage europäisiert wird. Ein Ansatz hierfür läge in einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft einerseits und den im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen osteuropäischen Staaten andererseits.

Anzustreben und zu unterstützen wäre dabei im Interesse einer Stabilisierung der Lage in Europa, daß auch die osteuropäischen Staaten, jedoch ohne die Sowjetunion, da sonst der europäische Charakter dieser Lösung beeinträchtigt und das notwendige Gleichgewicht der Kräfte gestört würde, ihre Zusammenarbeit stärker institutionalisieren würden und einen Staatenzusammenschluß vergleichbar dem der Europäischen Gemeinschaft aufbauen würden.

Als nächster Schritt wäre dann die Schaffung eines gemeinsamen Dachverbandes dieser beiden europäischen Staatengemeinschaften denkbar und da die beiden Teile Deutschlands jeweils Mitglied in einer dieser beiden Staatengemeinschaften sind, wäre ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten innerhalb des so beschriebenen gesamteuropäischen Dachverbandes möglich.

Berlin könnte die Rolle eines gemeinsamen europäischen Zentrums übernehmen und würde so die Funktion einer Klammer zwischen den beiden europäischen Staatenzusammenschlüssen bekommen.

Eine solche Lösung böte die Chance, die Ost-West-Spannungen in Europa schrittweise abzubauen, ohne das Gleichgewicht der Großmächte zugunsten der einen oder anderen Seite zu verschieben. Es böte zum anderen die Möglichkeit, Europa aus der unmittelbaren Konfrontation der beiden Großmächte herauszulösen und würde so einen wesentlichen Beitrag für eine dauernde Entspannung in der Welt leisten.

Mancher Leser dieser Zeilen wird auch diesen Vorschlag einer Europäisierung der deutschen Frage in den Bereich der politischen Spekulation verweisen wollen. Es mag sein, daß die Zeit für solche Überlegungen noch lange nicht reif ist und daß die Europäer noch lange im Spannungsfeld der Großmächte, das heißt auf labiler Grundlage leben müssen. Wir Deutsche sollten aber, wenn es uns ernst damit ist, langfristig die Einheit unseres Landes wieder zu erreichen, alle Anregungen und Vorschläge sorgfältig und mit Ernst prüfen und wir sollten uns auch nicht nur auf die Vorschläge der anderen verlassen. Es stünde uns gut an, immer wieder auch selbst über die Möglichkeiten, unser Land zu vereinen, nachzudenken und diese Möglichkeiten an der jeweiligen Realität zu messen.

(-/15.11.1979/ks/ca)

+ + +



Ungerechte Steuerpolitik

Anmerkungen zur traurigen Geschichte vom Hinscheiden des freifinanzierten Wohnungsbaus

Von Peter Conradi MdB.

Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seit Jahr und Tag hören wir das gleiche Lied: Der freifinanzierte Mietwohnungsbau ist tot. Und warum? Das böse Mietrecht der SPD/FDP-Koalition verhindert eine auskömmliche Rendite für die Investoren! Mit schöner Regelmäßigkeit wiederholen der Haus- und Grundbesitzerverband, die Baulobby und die parlamentarischen Sprecher beider diese These und verlangen: Das soziale Mietrecht muß weg!

Dazu zwei Überlegungen:

- 1/ Wer heute freifinanzierte Mietwohnungen baut, müßte eine Kostenmiete von 15 bis 20 DM pro Quadratmeter und Monat verlangen. Diese Miete gibt der Markt nicht her. Der Bauherr muß also niedrigere Mieten ansetzen und Anfangsverluste hinnehmen. Im Lauf der Jahre steigen die Einkommen der Mieter und die Mieten insgesamt, die Belastungen sinken, und eines Tages ist der Durchstoßpunkt erreicht, der "break-even-point", bei dem Aufwendungen und Erträge übereinstimmen. Von da ab wird verdient. Das soziale Mietrecht hat mit dem allen wenig zu tun, denn die Erstmiete kann der Vermieter frei vom Mietrecht festsetzen; allein der Markt bestimmt, ob er für den Neubau eine Monatsmiete von zehn DM oder zwölf DM pro Quadratmeter verlangen kann. Das Mietrecht schreibt zwar vor, daß spätere Mietsteigerungen nur im Rahmen der örtlichen Vergleichsmiete zulässig sind, aber diese Vorschrift hat bei Neubauten wenig Bedeutung, denn hier haben wir es in der Regel mit einem Mietermarkt, nicht mit einem Vermietermarkt zu tun. Nur eine schmale Schicht von Mietern ist in der Lage, Monatsmieten von mehr als zehn DM pro Quadratmeter zu bezahlen, und diese Schicht braucht den Schutz des sozialen Mietrechts nicht. Das soziale Mietrecht war und ist für die unteren und mittleren Einkommensgruppen gedacht. Dort schützt es den Mieter vor Ausbeutung und Willkür. Bei Monatsmieten von zehn DM pro Quadratmeter aufwärts bestimmt nicht das Mietrecht, sondern der Markt, das heißt die Nachfrage das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter.
- 2/ Wer heute erwägt, eine Neubauwohnung mit einer Miete von zehn DM pro Quadratmeter/Monat anzumieten, muß sich fragen, ob er nicht vernünftigerweise ins Wohnungs-



eigentum geht. Als Mieter bekommt er vom Staat keine müde Mark, als Bauherr oder Käufer eines Eigenheims, einer Eigentumswohnung oder einer Altbauwohnung bekommt er hingegen erhebliche steuerliche Subventionen. Als Bauherr/Eigentümer muß er zwar für einige Zeit eine höhere Belastung in Kauf nehmen, aber diese wird ihm durch steuerliche Hilfen erleichtert, und nach einigen Jahren wohnt unser Eigentümer billiger, als er als Mieter je gewohnt hätte.

Die verteilungspolitische Wirkung des Paragraphen 7 b Einkommensteuergesetz wird daran deutlich, daß der normale Arbeitnehmer als Bauherr/Käufer in der Proportionalzone bei einem Steuersatz von 22 Prozent in den ersten acht Jahren jeweils fünf Prozent, insgesamt also 40 Prozent von einer Bausumme von DM 150.000 vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen kann. Er spart damit 22 Prozent von 60.000 DM, das sind 13.200 DM. Sein betuchterer Nachbar spart beim Spitzensteuersatz von 56 Prozent in diesen acht Jahren 33.600 DM, also fast das Dreifache. So fördert das deutsche Einkommensteuerrecht die Eigentumsbildung der oberen Einkommenschichten. Und da diese die vier Grundrechenarten beherrschen, wären sie schön blöd, würden sie diese Vorteile - beim Ehepaar ist das sogar zweimal möglich! - nicht wahrnehmen und stattdessen in teure freifinanzierte Mietwohnungen ziehen. Niemand will die Bezieher höherer Einkommen zwangsweise zu Mietern machen, wie das Befürworter dieser ungerechten Steuerpolitik behaupten. Es ist aber unredlich, den Niedergang des freifinanzierten Mietwohnungsbaus zu beklagen und die Schuld daran dem sozialen Mietrecht anzulasten, wenn in Wirklichkeit eine unsoziale Steuergesetzgebung die Nachfrage nach freifinanzierten Mietwohnungen zwangsläufig reduziert. Wer die Eigentumsbildung der oberen Einkommensgruppen so begünstigt, darf nicht jammern, wenn dabei der freifinanzierte Mietwohnungsbau kaputt geht.

(-/15.11.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

